

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik  
11011 Berlin  
Telefon 030 227-77594  
Telefax 030 227-76594  
roderich.kiesewetter@bundestag.de  
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:  
Wellandstraße 58  
73434 Aalen  
Telefon 07361 5249 201  
Telefax 07361 5249 202  
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



# Kiesewetter kompakt

16/2012

## „Mehr Netto vom Brutto“ / Persönliche Notizen

Deutscher Bundestag beschließt Absenkung des Rentenbeitragsatzes und Neuregelungen für Minijobber

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP die Absenkung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung von 19,6 Prozent auf 18,9 Prozent ab dem 1. Januar 2013 beschlossen. Die unionsgeführte Koalition sorgt damit dafür, dass jeder Arbeitnehmer mehr von seinem hart erarbeiteten Geld für sich und seine Familie behalten kann und außerdem auch die Arbeitgeber entlastet werden. Das schafft auf der Seite der Arbeitgeber Spielraum für mehr Beschäftigung. Auf der Arbeitnehmerseite bedeutet „Mehr Netto vom Brutto“ zusätzliche Spielräume im Geldbeutel, was dem Binnenkonsum zugutekommt und in der Konsequenz zu mehr Wachstum führen wird. Insgesamt geht es bei der Absenkung des Rentenbeitrags um deutlich mehr als 6 Milliarden Euro jährlich. Der Entschluss fußt auf wichtigen Grundüberzeugungen der christlich-liberalen Koalition: Die unionsgeführte Koalition ist zutiefst davon überzeugt, dass die Bürger unseres Landes selbst am besten wissen, was sie mit ihrem Einkommen anfangen wollen.

Der Widerstand der Opposition gegen die Absenkung unterstreicht dagegen das grundlegend andere Staats- und Menschenverständnis auf der linken Seite des politischen Spektrums, was vorwiegend von Misstrauen dem Bürger gegenüber geprägt ist. Dort möchte man einen wei-

testgehenden Zugriff auf den Bürger und sein Einkommen und glaubt, dass Großsysteme Geld besser auszugeben wissen als die Menschen selbst. Dass die umlagefinanzierte Rentenversicherung auch aufgrund der großen Leistungsbereitschaft der deutschen Bevölkerung besser und leistungsfähiger ist als ihr Ruf, ist die zweite Grundüberzeugung auf der die Entscheidung vom Donnerstag fußt. Die umlagefinanzierte Rentenversicherung ermöglicht der derzeitigen Rentnergeneration einen materiell abgesicherten Lebensabend. Nie ging es einer Rentnergeneration besser, keine Gruppe in unserem Land hat ein geringeres Armutsrisiko. Und auch für die Zukunft ist vorgesorgt: Da zwischenzeitlich in Deutschland zu wenige Kinder geboren werden, um ein rein umlagegestütztes System zu erhalten, wurden ergänzend die Weichen für eine staatliche Förderung von privater Zusatzvorsorge gestellt. In einem Umlagesystem sind sinkende Beiträge die einzig logische Folge von auflaufenden Überschüssen. Außerdem finden sich in Anbetracht der Lage an den Kapitalmärkten kaum sinnvolle und vor allem sichere Möglichkeiten zur Anlage von Überschüssen, die durch zu hohe Beiträge angehäuft würden.

So ist es eine außerordentlich erfreuliche Entwicklung, dass der Fleiß der Menschen und der Erfolg unserer Unternehmen der Koalition die Möglichkeit gibt, mit der Absenkung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversiche-

rung eine weiteren Schritt in Richtung „Mehr Netto vom Brutto“ zu machen.

Mit der Erhöhung der Verdienstgrenzen und der Einführung der Rentenversicherungspflicht für Minijobber hat der Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP ebenfalls an diesem Donnerstag ein 2. arbeitsmarktpolitisches Signal gesetzt. Mit der Anpassung der Verdienstgrenzen für Mini- und Midijobs auf 450 Euro bzw. 850 Euro kommt die Koalition dem Wunsch zahlreicher Menschen nach, unkompliziert etwas dazuzuverdienen und erhöht gleichzeitig die soziale Absicherung geringfügig Beschäftigter. Nach zehn Jahren die Verdienstgrenzen anzuheben ist deshalb richtig. Minijobs haben eine Funktion auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Sie reduzieren Schwarzarbeit, bringen so zusätzlich Geld in die Sozial- und Steuerkassen und geben insbesondere kleinen und mittleren Betrieben die nötige Flexibilität. Es gibt keine Hinweise für Beitragsflucht und keine Beweise dafür, dass Arbeitsplätze gezielt in geringfügige Beschäftigung umgewandelt werden. Auch ein anderes Vorurteil trifft nicht zu: Dass nämlich geringfügige Beschäftigung schneller zunimmt als die Zahl 'normal' sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze.

Gleichzeitig ist es das Ziel unserer Koalition, dass auch im Minijob viele Arbeitnehmer die Chance nutzen, durch eigene Rentenbeiträge mehr Sicherheit für das Alter zu erhalten. Derzeit sind Minijobber grundsätzlich von der Rentenversicherungspflicht befreit. Nur auf ausdrücklichen Wunsch können sie den Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung freiwillig durch eigene Beiträge auf den vollen Rentenbeitrag aufstocken. Das wird nunmehr umgekehrt: Künftig sind Minijobber wie alle anderen Beschäftigten grundsätzlich rentenversicherungspflichtig. Sofern der Einzelne von der Möglichkeit Gebrauch macht, sich befreien zu lassen, muss er sich aktiv mit den Nachteilen dieser Entscheidung für seine Alterssicherung auseinandersetzen. Die Kosten-Nutzen-Analyse zeigt, dass es sich schon heute für Minijobber lohnt, freiwillig eine Zuzahlung zu leisten. Der Hauptvorteil besteht darin, dass in vollem Umfang Anspruch auf Erwerbsminderungsrente, staatliche Privatrenten-Förderung und Rehabilitation mit Übergangsgeld entsteht.

## **Jahressteuergesetz 2013**

Die unionsgeführte Koalition hat an diesem Mittwoch im Finanzausschuss des Bundestages das Jahressteuergesetz 2013 beschlossen und damit die Weichen für eine ganze Reihe steuerrechtlicher Änderungen gestellt. Hintergrund: Bei Jahressteuergesetzen handelt es sich um „Sammelgesetze“, die eine Vielzahl von Maßnahmen aus ganz unterschiedlichen Bereichen enthalten. Es geht darum, Änderungsbedarf umzusetzen, der sich z. B. aufgrund von EU-Vorgaben oder aufgrund von Änderungen in der höchstrichterlichen Rechtsprechung ergibt. Die Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungsfristen kann kommen! Die Koalition setzt damit eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um. Unternehmen und Betriebe werden weiterhin konsequent von Bürokratiekosten entlastet. Derzeit müssen zehn Jahre lang alle steuererheblichen Unterlagen aufbewahren. Diese Fristen werden schrittweise erst auf acht Jahre, dann ab 2015 sogar auf sieben Jahre verkürzt. Nach Angaben der Bundesregierung kann sich der Aufwand für die Unternehmen damit um bis zu 2,5 Milliarden Euro reduzieren.

Eine weitere Regelung betrifft unsere Reservisten. Die Bezüge von Reservisten sollen wie bislang schon steuerfrei bleiben. Dies halten wir angesichts der besonderen Belastung von Reservisten, die ihr Berufsleben für die Wehrübungen und -einsätze unterbrechen, für gerechtfertigt. Beim freiwilligen Wehrdienst stellen wir den Grundwehrsold frei. Durch den steuerlichen Grundfreibetrag und Pauschalen wie z.B. dem Werbungskostenabzug werden auch darüber hinausgehende Bezüge weitgehend steuerlich verschont werden. Das Steuerrecht sollte hier ein Zeichen setzen, um junge Menschen für den freiwilligen Wehrdienst zu motivieren.

Ganz wichtig war uns, dass private Musik-, Tanz- und Ballettschulen weiterhin umsatzsteuerfrei bleiben. Es geht hier um die Ausbildung unserer Jugend, weit über reine Freizeitaktivitäten hinaus. Durch den Regierungsentwurf, der eine Neuordnung der Befreiungsvorschriften hierzu vorsah, waren teilweise Unklarheiten entstanden. Nicht zuletzt auf eine Initiative der CDU-Landesgruppe Baden-

Württemberg enthielt der Gesetzentwurf, der im Finanzausschuss des Bundestages beschlossen wurde, diese Unklarheiten nicht mehr. Nun steht fest, dass dieser Unterricht auch in Zukunft von der Umsatzsteuer befreit bleibt.

Mit dem Jahressteuergesetz 2013 werden auch die Vorgaben des Regierungsprogramms E-Mobilität umgesetzt, indem steuerliche Wettbewerbsnachteile für Elektro- oder Brennstoffzellenfahrzeuge abgebaut werden. Zu diesem Zweck wird die Dienstwagenbesteuerung um eine Ausgleichsregelung für E-Fahrzeuge ergänzt. Der Listenpreis als Bemessungsgrundlage wird künftig nach bestimmten Regeln um die Kosten für das meist sehr teure Batteriesystem gemindert und damit die Attraktivität dieser Fahrzeuge deutlich erhöht.

### **Steuerabkommen mit der Schweiz**

In dieser Woche hat unser Bundestag in 2. und 3. Lesung über das von der Bundesregierung als Gesetzentwurf vorgelegte „Abkommen vom 21. September 2011 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt“ beraten. Das Abkommen soll unter anderem erreichen, dass Kapitalerträge deutscher Steuerpflichtiger in der Schweiz in Zukunft wie in Deutschland besteuert werden sollen. Dafür sollen die Schweizer Zahlstellen eine der deutschen Abgeltungssteuer und dem deutschen Solidaritätszuschlag entsprechende Quellensteuer erheben. Ein Ergebnis von etwa 10 Milliarden Euro allein in der Nachbesteuerung wird hierbei als realistisch angenommen. Ohne diese grundlegende und systematische Neuregelung würden säumige Zahler nicht umfassend erfasst und nachbesteuert und bliebe Steuergerechtigkeit zufälligen Fahndungserfolgen nach Ankauf von illegal beschafften Daten-CDs überlassen. Der Finanzausschuss des Bundestages hatte hierzu bereits in der letzten Woche eine Beschlussempfehlung vorgelegt, die an diesem Donnerstag in namentlicher Abstimmung angenommen wurde. Der Bundesrat wird sich am 23. November 2012 mit dem Gesetz (abschließend) befassen. Das Vorhaben ist im Bundesrat zustimmungspflichtig und wird von den SPD-geführten Landesregierungen abgelehnt.

### **Gerichtsstand bei Auslandsverwendung**

Bei Straftaten, die Soldaten der Bundeswehr während eines Auslandseinsatzes begangen haben, soll Kempten im Allgäu Sitz des zuständigen Gerichts sein. Das forderte die Bundesregierung in einem Gesetzentwurf, der in dieser Woche durch den Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Hintergrund des Entwurfs ist, dass nach dem bisherigen Strafprozessrecht Gerichte und Staatsanwaltschaften je nach Sitz der Einheit des Angeklagten an verschiedenen Orten zugleich tätig sein könnten. Diese Rechtslage wurde weder den Anforderungen an eine effiziente Strafverfolgung noch den Besonderheiten dieser Verfahren gerecht. Mit der Gründung eines gemeinsamen Gerichtsstands und einer entsprechend spezialisierten Staatsanwaltschaft kann viel besser als bisher diesen seltenen Fällen Rechnung getragen werden.

### **Zitat:**

"Ja, ich muss leider bekennen: Ich bin keine Frau." (Das designierte EZB-Direktoriums-Mitglied Yves Mersch am Dienstag auf einem Maschinenbau-Gipfel in Berlin, nachdem der Wirtschaftsausschuss des Europaparlaments sich am Vortag gegen seine Berufung ausgesprochen hat, weil er ein Mann ist)

### **Persönliche Notizen**

#### **1. Wahlkreis und Land**

Vergangenen Sonntag traf ich in Hermaringen auf dem Hof der Familie Ott rund 50 Landwirte von Milchviehbetrieben. Zwei Wochen zuvor hatte ich einen langen Gedankenaustausch mit den Ortsbeauftragten des Bauernverbandes Altkreis Aalen und Kreis Heidenheim. Des Weiteren besuchte ich gemeinsam mit Winfried Mack einen Rindermastbetrieb der Familie Ebert in Immenhofen. Die Gespräche mit der Landwirtschaft rundete ein Diskussionsabend mit der Landjugend des Ostalbkreises ab. So konnte ich mir in den letzten Wochen einen großartigen Überblick verschaffen über die Herausforderungen vor denen unsere landwirtschaftlichen Familienbetriebe stehen.

Beeindruckend war auch das Jubiläum des DRK Ortsverbandes Pommertsweiler in Adelmansfelden, bei dem sämtliche Adelmansfelder Vereine tüchtig mitgewirkt haben, Ehrenamt pur! In der letzten Zeit war ich auch als stellvertretender Bezirksvorsitzender in Künzelsau, Wolpertshausen und Schorndorf unterwegs mit Vorträgen und Diskussionen zur Deutschen Einheit, zur Energiewende und zur Sicherheitspolitik Deutschlands.

Zur Stuttgarter OB-Wahl druckte die Schwäbische Zeitung meine Stellungnahme: „Wir als CDU müssen uns besser wertorientiert positionieren. Wir stehen nicht für veraltete Strukturen, sondern für den Zusammenhalt von Stadt und Land. Wir wollen Anwalt aller Gruppen im Land sein“, sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter. Seiner Ansicht nach dürfe es keine Schweigegebote geben, sondern es gelte, auch unangenehme Themen offen anzusprechen. Als Opposition sei es wichtig, nicht nur auf die Regierung zu schimpfen, sondern darum, konstruktive Vorschläge zu machen, wie das Land weiter nach vorne gebracht werden kann. Wichtig sei auch, dass sich die CDU neu aufstellt, vermehrt Frauen und jüngere Menschen auch mit Migrationshintergrund anspricht und nicht einen parteiunabhängigen Kandidaten aussucht, sondern einen, der sich bewusst zur CDU bekennt.“

## **2. Berlin**

Diese Woche hatte ich in Berlin sechs Schulklassen aus Heidenheim (Adalbert-Stifter-Realschule) und Giengen (Robert-Bosch-Realschule) zu Besuch. Solche Treffen erfreuen mich immer und mein Büro bereitet die Besuche gerne vor.

Am Dienstag traf ich Unternehmer und Manager von Leitz, SHW und Voith beim Verbandstag des VDMA.

In unserer Landesgruppensitzung war der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Peter Hauk, zu Gast. Zuvor war ich Gast beim Vortrag unserer Bundeskanzlerin über deutsche Sicherheitspolitik.

In der kommenden Woche – aber erst nach dem Schlagspiel VfR Aalen gegen Borussia Dortmund – nehme ich im Auswärtigen Amt an einer Klausur „Elemente einer außen- und sicherheitspolitischen Strategie für Deutschland“ teil. Hier kommt es mir auch darauf an, unsere

Dienste im Heimat- und Katastrophenschutz mit einzubeziehen, viel Ehrenamt für Sicherheit in unserer Heimat.

Die nächsten Sitzungswochen sind geprägt von der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2013, der Neugestaltung unserer Energiegesetze und von etlichen Einsatzmandaten in Krisengebieten. Hierbei betrachte ich mit großer Sorge die Entwicklungen in Syrien und in Mali. Gerade die Entwicklung in Syrien kann auch Auswirkungen auf den Ölpreis haben, unser Parlament ist am Ball.

## **3. Sonstiges**

Über meine Wahlkreisaktivitäten berichte ich regelmäßig auch auf facebook <https://www.facebook.com/roderich.kiesewetter> und auf Twitter: <https://twitter.com/RKiesewetter>

Zur Zeit stelle ich mein Wahlkampfteam für den Bundestagswahlkampf 2013 zusammen. Wenn Sie mitmachen möchten und/oder Anregungen haben, wenden Sie sich gerne an mich unter [Roderich.Kiesewetter@wk.bundestag.de](mailto:Roderich.Kiesewetter@wk.bundestag.de) oder rufen Sie mich einfach an. Ihre Ideen sind mir hochwillkommen!

Herzliche Grüße Ihr und Euer

